

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/113

16. Juni 1976

Gemeinsame Aufgaben im Druckbereich

Arbeitnehmer müssen mitreden und mitbestimmen können

Von Wilhelm Dröschler

Mitglied des Präsidiums und Schatzmeister der SPD

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

Schwere Niederlage der Europa-Konservativen

MiBtrauensentwurf richtete sich gegen die falsche  
Adresse

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäi-  
schen Parlament und Mitglied des SPD-Fraktionsvor-  
standes im Bundestag

Seite 3 und 4 / 84 Zeilen

Der "Stellvertreter-Krieg" in der DSU-Spitze

Die Affäre Strauß kontra Haubl ist eine Warnung für  
die "Liberalen" der Partei

Von Uwe Lambinus MdB

Mitglied des Vorstandes des SPD-Landesverbandes Bayern

Seite 5 / 47 Zeilen

Die Preiskritik muß Ford tief getroffen haben

Zahlen-Tricks lassen auf ein schlechtes Gewissen  
schließen

Seite 6 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 406  
Pressehaus 1, Zimmer 217-284  
Telefon: 22 80 57 - 30  
Telefax: 08 88 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

### Gemeinsame Aufgaben im Druckbereich

Arbeitnehmer müssen mitreden und mitbestimmen können

Von Wilhelm Drüscher

Mitglied des Präsidiums und Schatzmeister der SPD

Der Arbeitskampf in der Druckindustrie hat manche Wunden geschlagen. Dennoch hat nach der harten Auseinandersetzung die freie Tarifautonomie geleiht. Jetzt, nachdem auch der neue Gehaltstarif für die Redakteure an Tageszeitungen unter Dach und Fach gebracht worden ist, sollte eine ruhigere Phase beginnen, in der die Tarifvertragsparteien dennoch gemeinsam weiterhin anstehende Probleme aufgreifen, die während des Streiks deutlich wurden. Ich meine u. a. die Bewältigung der technologischen Probleme, die nicht einseitig und ohne Mitsprache zu Lasten der Arbeitnehmer durch allzu forsche Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen werden dürfen.

Während der heißesten Streikphase hat es Kontakte zwischen besonnenen Verlegern, Druckereibesitzern, Politikern und Gewerkschaften gegeben, über die in der Hitze des Gefechts nie geschrieben worden ist. Auf der Suche nach einem tragbaren Kompromiß ist man sich damals auch medien- und verlagspolitisch näher gekommen, nicht zuletzt wegen des Ziels, eine freie und wettbewerbsfähige Presselandschaft in der Bundesrepublik zu erhalten und die Arbeitsplätze in diesem Bereich zu sichern.

Umso bedauerlicher ist es, wenn durch einzelne Presseorgane und Verbandsideologen während des Streiks und danach "Drahtziehertheorien" aufgestellt worden sind, die sich beispielsweise gegen das Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, Dr. Detlev Hensche, richten. Da ist vom "radikalen Doktor" die Rede gewesen und die "Bunte Illustrierte" verstieg sich sogar zu dem Prädikat "der intellektuelle und ideologische Einpeitscher der IG Druck und Papier". Gesellschaftliche Konflikte sollten nicht personalisiert werden. Dies gilt für die Partei-, Gewerkschafts- und Verbandspolitik gleichermaßen. Die Attacken und Diffamierungen z. B. gegen Dr. Hensche und unsaubere Recherchen über seine Person nützen nur denjenigen, die Tarifautonomie und Streikrecht in unserem Lande kaputt machen wollen. Gewerkschaftspolitik ist und wird - dies haben auch die Funktionäre der IG Druck und Papier in dem zurückliegenden Arbeitskampf bewiesen - von hoher Verantwortung getragen. Deshalb fallen Scharfmachertheorien auf diejenigen zurück, die sie fahrlässigerweise aufstellen, ohne sich über die Folgen bewußt zu sein.

Die Bedeutung der Gewerkschaften nimmt aufgrund des ständigen Konzentrationsprozesses in der Wirtschaft, der wachsenden Macht der Unternehmerverbände sowie der gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten der CDU/CSU und gewisser Presseorgane zu. Davon lassen sich die Sozialdemokraten leiten, die wissen, daß nur unabhängige Gewerkschaften Arbeitsbedingungen frei vereinbaren können.

Neueste Statistiken, aber auch freimütige persönliche Bekenntnisse von Verlegern und Beiträgen in einzelnen Zeitungen, zeigen die Tendenz-

wende im Anzeigengeschäft der Presse auf. Der Aufschwung hat auch vor diesem besonders konjunkturanfälligen Zweig der Wirtschaft nicht halt gemacht. Die Betriebsräte haben zu schlechteren Zeiten im vergangenen Jahr im graphischen Gewerbe und im Verlagsbereich verantwortungsvoll schwierige Maßnahmen zusammen mit den Belegschaften mitgetragen, um die Arbeitsplätze und die Betriebe zu sichern. Demgegenüber war nicht immer ein gleich verantwortungsvolles Verhalten der Gegenseite zu verzeichnen, die zum Teil radikal rationalisierte. Die Betriebsräte hatten sich auch mit einer teilweise ruinösen Geschäftspolitik auseinanderzusetzen, auf die sie letztlich keinerlei Einfluß hatten. Ich erinnere hier nur an die enormen Überkapazitäten, die in den letzten Jahren im Druckbereich entstanden sind.

Deshalb sollten die Verantwortlichen im Druck- und Verlagsbereich nicht Ideologismen gegen einzelne Funktionäre entwickeln, sondern gemeinsam kritische Fragen aufgreifen, die während des Streiks aufgeworfen und als wichtig erkannt worden sind. Dazu sollte u. a. auch eine baldige Einigung in der Mitbestimmungsdiakussion für die sogenannten Tendenzbetriebe gehören, die bis heute noch einen Naturschutzpark ohne notwendige Transparenz und Mitwirkung der Arbeitnehmer darstellen. Hier liegt noch etlicher Zündstoff in einer durch wachsende Konzentration bedrohten Branche. Man sollte deshalb weniger über den "Mann im Hintergrund" schreiben, sondern die Mitbestimmung im Druck- und Verlagsbereich in den Vordergrund rücken, damit der technische Fortschritt vor allem auch denjenigen zugute kommt, deren Arbeitsplätze davon betroffen sind. Sie sollten verantwortlich darüber mitreden und mitbestimmen können.

(-/16.6.1976/mie/e/pr)

+ + +

### Schwere Niederlage der Europa-Konservativen

MiBtrauensantrag richtete sich gegen die falsche Adresse

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament  
und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag

Zum erstenmal hat eine Fraktion des Europäischen Parlaments, die Konservativen, einen MiBtrauensantrag gegen die EG-Kommission eingebracht. Dieser MiBtrauensantrag konnte keine Chance im Europäischen Parlament haben, weil er sich an die falsche Adresse richtete. So wie dies in der Debatte am Dienstag deutlich wurde, bestätigte es sich in der namentlichen Abstimmung am Mittwoch, wo die Konservativen völlig isoliert waren und gegen 109 Nein-Stimmen aller übrigen Fraktionen nur 18 Ja-Stimmen aufbrachten.

Die Sozialistische Fraktion bekennt sich uneingeschränkt zum Recht des Europäischen Parlaments, der Kommission - als Quasi-Regierung in Europa - das MiBtrauen auszusprechen und sie dadurch zu stürzen, wie es in den Römischen Verträgen vorgesehen ist. Dies ist ein fundamentales Recht eines jeden demokratisch legitimierten Parlaments. Der entscheidende Widerpart unserer nur höchst unvollkommen ausgebildeten parlamentarischen Vertretung ist aber nicht die Kommission, sondern der Ministerrat. Es ist einfach zu billig, wenn man die Kommission hier als Buhmann hinstellt. Natürlich trägt sie auch Mitverantwortung für die katastrophale Lage auf dem Milchmarkt. Sie hat es versäumt, rechtzeitig klare Verordnungsvorschläge zur Begrenzung der Agrarüberschüsse zu machen, und sich stattdessen in das Abfassen von Memoranden geflüchtet. Greift man aber allein die Kommission an, so bleibt für die europäische Öffentlichkeit der wahre Schuldige im Hintergrund: der Ministerrat. Die konservative Fraktion kann nicht ungeschehen machen, daß sie sich bei der Agrarpreisdebatte für 1976/77 für zusätzliche zweiprozentige Preisanhebungen ausgesprochen hat. Gegen die Warnung der Sozialistischen Fraktion ist ihr dabei die Mehrheit des Europäischen Parlaments gefolgt. Wer noch im Februar höhere Preisanhebungen gefordert hat und heute die EG-Kommission für die Folgen der EG-Preispolitik verantwortlich macht, muß sich die Frage nach seiner politischen Glaubwürdigkeit gefallen lassen.

Die europäischen Sozialisten verteidigen die Kommission nicht. Es

Ist ein volkswirtschaftlich nicht zu verantwortender Unsinn, daß voraussichtlich am Jahresende 1,6 Millionen to Magermilchpulver und eine halbe Million to Butter an Überschüssen zu erwarten sind. Die Grenzen der haushaltmäßigen Belastbarkeit in der Europäischen Gemeinschaft sind damit erreicht. Wir können es nicht mehr länger hinnehmen, daß der Steuerzahler erst die Überschußproduktion und dann ihren Abbau oder ihre Vernichtung finanzieren muß und außerdem hohe Preise zahlt. Auch der Landwirt hat von den Widersprüchlichkeiten der Milchmarktordnung keinen Vorteil. Eine strukturelle Hilfe wäre sinnvoller gewesen als der Glaube, man könne den europäischen Agrarmarkt über den Preis steuern. Das ist der historische Irrtum in der europäischen Agrarmarktordnung.

Für eine Mutprobe zwischen Parlament und Kommission hätte es aber in der Vergangenheit andere und bessere Gelegenheiten gegeben. Deshalb muß die Frage gestellt werden, wem der Antrag der Konservativen Fraktion dient: der Landwirtschaft, den Verbrauchern oder dem Selbstverständnis des Europäischen Parlaments? Oder handelt es sich hier nur um ein innenpolitisch motiviertes Schauturnen nach dem vergeblichen Versuch, die Labour-Regierung in Großbritannien zu stürzen? Die britischen Konservativen haben in jüngerer Zeit bewiesen, wie schnell sie mit Mißtrauensanträgen bei der Hand sind. Doch Schnelligkeit allein garantiert weder Qualität noch Erfolg.

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament hat Mißstände auf dem Milchpulvermarkt stets hart und schonungslos kritisiert. Konkrete Vorschläge zur Beseitigung der Fehlentwicklung und zur Einleitung einer besseren Politik wurden von uns gemacht. Aus der Verantwortung als größte Fraktion des Europäischen Parlaments haben wir das Abenteuer des konservativen Mißtrauensantrags nicht unterstützt. Die Kommission bleibt aufgefordert, sich bis zu ihrer Ablösung nicht auf die Geschäftsführung zu beschränken, sondern eine Reform der Agrarpolitik im Ministerrat durchzukämpfen. Der Ministerrat muß nun beweisen, ob er endlich den Mut hat, auch mit unpopulären Maßnahmen die Überschußproduktion auf dem Milchmarkt - vor allem durch eine Erzeugerabgabe - zu beenden, um strukturelle Änderungen in der gesamten Agrarpolitik durchzusetzen. Gelingt es dem Rat wiederum nicht, den Agrarmarkt zu ordnen, dann werden Staats- und Regierungschefs bei der Gipfelkonferenz am 13. und 14. Juli in Brüssel in ihrer Gesamtverantwortung das letzte Wort sprechen müssen. (-/16.6.1976/bgy/e)

+ + +

Der "Stellvertreter-Krieg" in der CSU-Spitze  
-----

Die Affäre Strauß kontra Heubl ist eine Warnung für die "Liberalen" der Partei

Von Uwe Lambinus MdB

Mitglied des Vorstandes des SPD-Landesverbandes Bayern

Je näher der Termin des CSU-Parteitag am 25./26. Juni rückt, um so verworrener ist die Situation um den Staatsminister Dr. Franz Heubl, stellv. CSU-Vorsitzender und Bevollmächtigter der CSU-Regierung in Bonn. Noch verkündet Heubl falsch, er sei fest entschlossen, auf dem Parteitag wieder für das Amt des stellv. Parteivorsitzenden zu kandidieren, und er dementiert anderslautende Meldungen. Gleichzeitig aber macht er sich Mut und bekräftigt gutes Einvernehmen mit dem CSU-Chef Franz Josef Strauß. Heubl: "Es gibt keine sachlichen Differenzen. Franz Josef Strauß und ich gehen seit 32 Jahren gemeinsam mit der Christlich-Sozialen Union durch die Politik und wir waren in Zielsetzung, Programmatik und Absicht immer einer Meinung".

Heubls Beschwörung, daß dies auch für die Zukunft gelte, ist in der CSU längst nicht mehr Allgemeingut und sicherlich nicht Straußens Absicht. Denn bei allem Verwirrspiel wird immer deutlicher: Strauß ist geradezu veressen auf den Skalp seines Stellvertreters Heubl.

Könnte man in der Frage der Kandidatur Heubls für den Deutschen Bundestag noch davon ausgehen, daß der CSU-Vorsitzende seinem Vize einen kräftigen, unmißverständlichen Warnschuß verpassen wollte, so verdichten sich zunehmend die Anzeichen, Strauß wolle Heubl endgültig abhelfern und loswerden. Und die Gelegenheit dazu war niemals so günstig wie jetzt, und es ist verständig: Was soll ein künftiger Münchener Ministerpräsident Strauß auch mit einem Bonner Außenposten Heubl, auf den er sich nicht rückhaltlos verlassen kann, weil er noch dazu als "Liberaler" gilt?

Ist Heubl erst einmal weg, dann dürfte das auch für die übrigen Politiker in der CSU eine deutliche Warnung sein, die sich zumindest für Liberale halten. Die Parole: "Heubl weg" wäre also eine folgerichtige Personalentscheidung im Interesse des CSU-Vorsitzenden, um seine konservativen, unteilbaren Machtansprüche ohne Widerspruch erfüllt zu wissen. Drollige Beteuerungen Heubls an die Adresse des CSU-Vorsitzenden dokumentieren daher den persönlichen Bruch um so nachhaltiger.

Wie tief Strauß sich von Heubl-Zitaten im "Stern" ("Strauß ist out. Jetzt ist er beoffen") und im "Spiegel" ("Für den bayerischen Ministerpräsidenten braucht's einen Herrn, und Strauß ist kein Herr") getroffen und verwundet fühlt, wird an der Entschlossenheit der CSU-Zentrale deutlich, selbst als Kläger gegen die Zeitschriften aufzutreten, um Heubl zu zwingen, vor Gericht als Zeuge auszusagen. Heubl hätte nur auf Gegendarstellung bestanden. Konsequenterweise ging Strauß jetzt selbst vor Gericht und nannte Heubl als Zeugen. Zwei Tage vor dem CSU-Parteitag, am 23. Juni, soll vor dem Landgericht München geklärt werden, ob die beiden Magazine falsch zitiert haben, soll Heubl Farbe bekennen.

Die Sache steht ernst für Staatsminister Heubl. Ergebnisadressen aus der CSU sind rar geworden für ihn, der noch auf dem CSU-Sonderparteitag umjubelt worden war. Die Junge Union, die ein Viertel der Delegierten stellt, wartet ab - verständig, der Vorsitzende ist ehemaliger persönlicher Referent von Strauß. Und von der Arbeitgemeinschaft Mittelstand der schwäbischen CSU allein kann Heubl nicht leben, die sich in einer Empfehlung - die einzige bisher - an den CSU-Parteitag für ihn ausgesprochen hatte, weil er angeblich stets für eine freiheitliche und soziale Gesellschaftsordnung eingetreten sei.

+ + +

Die Preiskritik muß Ford tief getroffen haben

Zahlen-Tricks lassen auf ein schlechtes Gewissen schließen

Die Öffentlichkeitsarbeiter der Fordwerke haben sich etwas ganz besonders Kluges ausgedacht. Rechtzeitig zur Vorlage des Geschäftsberichtes 1975 des Unternehmens griffen sie tief in die Trickkiste, um zu belegen, daß die Kritik an den Preiserhöhungen für Automobile nicht gerechtfertigt sei. Offenbar haben die harschen Kritikworte an der Preispolitik des Unternehmens gewirkt wie Backpflaumen, denn was den Öffentlichkeitsarbeitern an Zahlen herausrutschte, aucht seinesgleichen.

Der Autopreis etwa für den Basis-"Escort" sei, so heißt es, in den vergangenen acht Jahren um 85 vH geklettert, die Brutto-Arbeitslöhne aber um 101 vH und die Brutto-Angestelltingehälter sogar um 118 vH. Ford-Fazit: Die Autopreise entwickelten sich nicht parallel zum "verfügbaren Einkommen", sondern hinkten hinterher. Es wird den Experten für Öffentlichkeit bei Ford wenig Freude bereiten, wenn sie hören, daß sie Äpfel mit Birnen vergleichen. Das Bruttoeinkommen ist eben nicht mit dem verfügbaren Einkommen gleichzustellen oder wird etwa in der Kölner Unternehmenszentrale die Lohnsteuer zum verfügbaren Einkommen gezahlt?

Mit ihrem "Vorhang auf" für die Preiswehrheit bei den Automobilen hat Ford gleichzeitig im Hintergrund einen Schleier niedergehen lassen. So wurden 1974 von jahresdurchschnittlich 51 641 Ford-Mitarbeitern 467 713 Automobile hergestellt, also im Schnitt von jedem Arbeitnehmer 9,05 "Fords". 1975 fertigten insgesamt jahresdurchschnittlich 46 243 Fordarbeitnehmer aber 634 536 Automobile an, was umgerechnet 13,72 Fahrzeuge ergibt! Die Öffentlichkeitsarbeit kurvte geschickt um eine Schlußfolgerung herum, die aus diesen Zahlen zu ziehen ist: Die Arbeitsproduktivität bei Ford muß 1975 enorm gestiegen sein. Ein zweites Beispiel soll den verachleiernden Charakter der Ford-Zahlen verdeutlichen. Die Umsatzerlöse stiegen von 4,983 Milliarden DM 1974 auf 6,366 Milliarden DM 1975, also um 1,383 Milliarden DM. Die Lohn- und Gehaltssumme erhöhte sich im Vergleichszeitraum um 177,1 Millionen DM. Daß gut 122 Millionen DM Dividende gezahlt werden sollen, rundet das Bild noch ab.

Man fragt sich nach der Lektüre der Vorlage aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit von Ford, wer zu dem Vergleich zwischen Autopreisen und Löhnen geraten hat. Produktivitätsfortschritte oder steigende Umsatzerlöse sind doch von ihrer Natur her nichts Schlechtes. Entscheidend ist, wie sie erwirtschaftet wurden und welchem Zweck sie zugeführt werden sollen. Die Ford-Antwort auf die Preiskritik läßt vermuten, daß das schlechte Gewissen dabei die Feder führte.

Klaus Vater  
(-/16.6.1976/mie/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller